

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 17 (1925)

Heft: 12

Artikel: Die Arbeiterorganisationen im Lichte der Erhebung über die Produktion

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352177>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erhebung einer Vermögensabgabe.
Einführung des Tabakmonopols.
Erweiterung des Alkoholmonopols.
Beibehaltung des Getreidemonopols.
Einführung von Rohstoffmonopolen.
Beschränkung der Militärausgaben.

Alle diese Vorschläge sind von den bürgerlichen Parteien und grossenteils auch vom Bundesrat abgelehnt worden.

Wir erinnern weiter an unsere Anträge zur Genuesser Konferenz, die wir Ihnen mit Schreiben vom 18. März 1922 unterbreiteten. In jenem Schreiben ersuchten wir den Bundesrat, alle Bestrebungen zu unterstützen, die den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft auf einer soliden Grundlage ermöglichen, den Kriegsgefahren begegnen und die Abrüstung fördern. Wir brachten insbesondere die Anstrengung einer europäischen Zollunion in Vorschlag zur Verbilligung der Warenpreise, zur Erleichterung des Handelsverkehrs und zur Beseitigung der Konflikte zwischen den Völkern.

Diese Vorschläge sind nicht nur die unsern, sie sind diejenigen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dem wir angehören. Es ist uns nicht bekannt geworden, dass die Delegation des Bundesrates an der Konferenz in Genua in diesem Sinne tätig war, noch weniger, dass der Bundesrat eine dahinzielende Politik kraftvoll gefördert hätte. Wir sind aber davon überzeugt, dass eine solche Stellungnahme in vielen Ländern lebhaft begrüsst worden wäre und dass sich die Schweiz damit um die friedliche Zusammenarbeit der Völker grosse Verdienste erworben hätte.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat erst im Juni 1925 seine Stellungnahme zum Problem der Zollpolitik in einer Resolution niedergelegt. Diese lautet wie folgt:

«Der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam stellt fest, dass in der Nachkriegszeit in allen europäischen Ländern in steigendem Masse eine protektionistische Handelspolitik getrieben wird, die die Völker gegeneinander abschliesst, statt sie zu einen. Nicht nur die jungen Nachkriegsstaaten, sondern auch alte Freihandelsländer sind von diesem Streben erfasst worden. Hiergegen erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund zu Amsterdam seine warnende Stimme und ruft die gewerkschaftlichen Landeszentralen seines Bundes hierdurch auf, in allen Ländern die die Völker belastende Schutzzollpolitik zu bekämpfen, die Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Verteuerung der Lebenshaltung mit sich führt, und sich energisch dafür einzusetzen, dass ein allgemeiner Abbau der Zölle eingeleitet wird, mit dem Ziel, einen einheitlichen Wirtschaftsverband zu schaffen, der die Aufgabe hat, die internationale Verteilung der Rohstoffe zu sichern und der den freien Zugang zu allen Märkten der Welt sichert und damit jede illoyale Konkurrenz zwischen den Nationen durch Schwitzsystem oder Dumping unmöglich macht.»

In dieser Resolution ist auch unsere Stellungnahme zur Zoll- und Handelspolitik umschrieben. Wir stellen zudem fest, dass die organisierte Arbeiterschaft überall auf diesem Boden steht und die verderbliche Schutzzollpolitik bekämpft. Dies wurde insbesondere offenbar bei den parlamentarischen Debatten in England und in Deutschland. Unter diesen Umständen würde es uns schlecht anstehen, unsere Zustimmung zu einem Verfahren zu geben, das scheinbar ein Druckmittel zur Erlangung günstiger Handelsverträge ist, das sich aber bei näherem Zusehen als ein Pfeil erweist, der auf den Schützen zurückprallt.

Wir lehnen die Zoll- und Handelspolitik des Bundesrates, der Landwirtschaft und eines Teiles des Gewerbes ab. Wir überbinden die Verantwortung für eine

solche Politik dem Bundesrat. Wir verwehren uns auch dagegen, dass der Bundesrat unter einseitiger Darstellung der Verhältnisse auf das eidgenössische Personal einen unzulässigen Druck ausübt, wie es schon anlässlich der Abstimmung über die Zollinitiative geschehen ist.

Im Interesse des Grossteils des Schweizervolkes appellieren wir an die Bundesbehörden, von ihren verderblichen Plänen abzusehen und sich auf den Boden solcher handelspolitischer Grundsätze zu stellen, die der Förderung des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes aller Völker dienen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Präsident:

Der Sekretär:»



Die Arbeiterorganisationen im Lichte der Erhebung über die Produktion.

Der fünfte Band des Berichtes über die vom Internationalen Arbeitsamt unter der Leitung von Prof. Edgar Milhaud unternommene Erhebung über die Produktion ist soeben erschienen.

An die Schilderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kriegsjahre mit all ihren Entbehrungen, schliesst der Bericht Ausführungen an über die zunehmende Bedeutung der Arbeitsprobleme und der Arbeiterorganisationen für das öffentliche Leben und fährt dann folgendermassen fort:

3. Die Tatsache, dass die Völker zu einer Zeit, in der ihre wesentlichen Interessen auf dem Spiele standen, diese Krise der mangelnden Produktion durchmachten, hat den Arbeitsfragen den Charakter von Fragen des öffentlichen Interesses aufgedrückt, den der erwähnte amtliche Bericht der Vereinigten Staaten so nachdrücklich betont. Unter den Anforderungen des Krieges trat der Wert der Arbeit für das Leben der Kollektivität besonders hervor; ihre soziale Bedeutung innerhalb des internationalen öffentlichen Rechts ist im Teil XIII des Friedensvertrages bestätigt.

4. Der zunehmenden Wertschätzung der Arbeit entspricht der wachsende Einfluss der Arbeiterorganisationen im gewerblichen und öffentlichen Leben. So sind sie am Getriebe der Internationalen Arbeitsorganisation von Rechts wegen beteiligt. Sie nehmen im öffentlichen Leben zahlreicher Länder eine ähnliche Stellung ein. Die paritätische Formel fand immer weitere Verbreitung, der Kollektivvertrag ist in steigendem Umfange zur normalen Form der Bestimmung der Arbeitsbedingungen geworden. Die Bedeutung des Einflusses der Arbeiterbewegung kommt ferner zum Ausdruck in der Organisation der Arbeitslosenversicherung, in der Schaffung von Einrichtungen für Vermittlungs- und Schlichtungswesen zur Verhütung und Beilegung von Konflikten und in der Kontrolle über die Anwendung von Lohnsystemen auf Grund der Leistung. Gerade in bezug auf das letztgenannte, mit der Vergrösserung der an die Arbeiter gestellten Anforderungen eng zusammenhängende Problem, liess sich erkennen, dass die Fortschritte in der Organisation der Arbeiter durch die Verbreitung der Methoden des Kollektivvertrages viele Widerstände überwunden hat.

Die Schlussfolgerungen bieten einen Ausblick auf die starke Bewegung zugunsten einer wirtschaftlichen Weltorganisation. Wir führen hier den Bericht selbst an:

Zweifellos ist es eines der charakteristischen Zeichen unserer Zeit der verschiedensten schweren Krisen, das Entstehen und die Verbreitung weitumfassender

der Pläne begünstigt zu haben, dazu bestimmt, die sozialen Verhältnisse zu ordnen und zu verbessern.

Die Bekämpfung der Arbeitslosenkrise steht hier an erster Stelle. Wir haben die mannigfachen, in dieser Beziehung vorgebrachten Anschauungen zergliedert und die verschiedenen Methoden erläutert: rationelle Regelung der Vergebung von öffentlichen Arbeiten, öffentliche Kontrolle von Bankkrediten, Zusammenarbeit der Zentralbanken verschiedener Länder (einstimmiger Wunsch der Konferenz von Genua), Verwertung der gewerblichen, nationalen und internationalen Ueberschüsse, der Landwirtschaftsräte, Errichtung und Förderung von internationalen Wirtschaftskörpern im Hinblick auf die Ordnung der wirtschaftlichen Tätigkeit der verschiedenen Länder usw.

Ein vielfach erörtertes Problem bilden ferner die Handelsbeziehungen der verschiedenen Staaten untereinander. Die allgemeine Wirtschaftskrise und die Umwälzungen auf dem Gebiete der Valuten haben überall starke Strömungen zugunsten des Schutzzollsystems hervorgerufen. Zu den schutzzöllnerischen Tendenzen gesellen sich in Europa noch die Grenzverschiebungen infolge der Friedensverträge. Hierdurch wird die rationelle Produktion und der Absatz der Waren unterbunden. Das bedeutet namentlich für Europa einen starken wirtschaftlichen Rückschlag, der um so bedrohlicher ist, als die europäische Wirtschaft bereits von der Wirtschaft, namentlich der Vereinigten Staaten, weit überflügelt wurde.

Die dritte Bewegung gehört in das Gebiet der Sozialpolitik. Der auf die Spitze getriebene Kampf um die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen zwischen verschiedenen Staaten, schafft ohne Zweifel politische und wirtschaftliche Verhältnisse, die nicht geeignet sind, Massnahmen zugunsten der internationalen Solidarität auf dem Gebiet der Arbeitsprobleme zu fördern. Der Fortschritt der Sozialgesetzgebung wird in vielen Ländern durch den scharfen Konkurrenzkampf und die ständigen Bemühungen zur Herabdrückung der Produktionskosten gehemmt. Auch hierfür ist die Lösung auf dem Gebiete der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu suchen.

Schliesslich ist auch als ein starker Hebel für die Entwicklung im oben ausgeführten Sinne die Wandlung der öffentlichen Meinung zu gunsten des Friedens zu erwähnen. Von vielen Seiten wurde darauf hingewiesen, dass die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Staaten neue Kriegsgefahren in sich bergen. Es wurde gezeigt, dass die verschiedenen Formen der Abrüstung voneinander abhängen und dass weder eine militärische noch eine moralische Abrüstung möglich sei, solange die Interessengegensätze auf wirtschaftlichem Gebiete zur Steigerung der Rüstungen drängen.



Die Tagung der englischen Arbeiterpartei.

L. B. Es scheint auf den ersten Blick paradox, dass die englische Arbeiterpartei, die sich zum grössten Teil aus den gleichen Gewerkschaften, die auch dem Trades Union Congress angehören, zusammensetzt, an ihrer jährlichen Tagung mit erdrückender Mehrheit den Ausschluss der Kommunisten, die am Gewerkschaftskongress einen so auffälligen Sieg zu verzeichnen glaubten, entschieden hat. Es ist dies aber nur eine Bestätigung der Tatsache, auf die schon bei Anlass des Gewerkschaftskongresses hingewiesen wurde, dass die Bewegung für direkte Aktion unter den Gewerkschaften keineswegs mit Kommunismus identisch ist. Der Kongress, dessen Resolutionen weniger praktische Bedeutung zukommt als denen der Arbeiterpartei, da

diese ihre Theorie im Parlament praktisch vertreten muss, liess sich unter dem Einfluss radikaler Führer ziemlich weitgehend auf die Anregungen der Kommunisten ein. Dies hat die Kommunisten verleitet, an der politischen Konferenz ihren Bogen zu überspannen, und damit die ganze Versammlung zu einer einheitlichen Front geradezu vernichtender Ablehnung zusammenzuschliessen; einer Front, die über gewisse Unzufriedenheiten und eine durchaus vorhandene Linksströmung hinwegtäuschte und der Konferenz einen Schwung gab, der, geschickt ausgenützt durch die politischen Führer, noch ausreichte, den übrigen ziemlich lauen Anträgen der Exekutive eine warme, für Mac Donald persönlich sogar begeisterte Zustimmung zu sichern.

Man muss die Zusammensetzung der englischen Arbeiterpartei kennen, um zu verstehen, wie schwierig es ist, die Kommunisten ganz aus der Partei auszuschliessen. Die Partei ist nicht auf persönliche Mitgliedschaft aufgebaut, sondern setzt sich aus den verschiedensten Parteien, Gesellschaften und andern Organisationen, vor allem aus den Gewerkschaften, zusammen. Auch die lokalen Arbeiterparteien, die sich ähnlich aufgebaut, gehören ihr an; daneben ist seit 1918 mittels der lokalen Parteien persönliche Mitgliedschaft möglich geworden. Voraussetzung für die Zugehörigkeit ist nur, dass die betreffende Organisation sich zu den allgemeinen Grundsätzen der Arbeiterpartei bekennt. So kommt es, dass ihr die verschiedensten Richtungen, von den staatssozialistischen aus intellektuellen Kreisen sich rekrutierenden Fabiern bis zu Gewerkschaften, die schon fast als liberal bezeichnet werden müssen, angehören. Unter Hinweis auf diesen Aufbau verlangt nun die Kommunistische Partei ebenfalls in die Partei aufgenommen zu werden, und versucht seit vier Jahren dieses Ziel zu erreichen. Man hat sie mit der Begründung zurückgewiesen, dass ihre Grundsätze, vornehmlich der des Klassenkampfes im Sinne wirklichen Kampfes und einer schliesslichen Diktatur, die dem Prinzip demokratischer Kontrolle, das die Arbeiterpartei vertrete, direkt zuwiderlaufe, mit den Zielen der Partei unvereinbar seien. Es gelang aber nicht, die Kommunisten vollständig auszuschliessen, da sie als Mitglieder lokaler Arbeiterparteien und als Delegierte und Angehörige der angeschlossenen Gewerkschaften in die Partei einzudringen vermochten. Dem hat nun die Exekutive durch zwei verschiedene Resolutionen abzuwehren versucht: Kein Mitglied der Kommunistischen Partei darf als Mitglied einer lokalen Arbeiterpartei aufgenommen werden oder Mitglied bleiben, wenn es schon aufgenommen wurde. Die Exekutive empfiehlt ferner den angeschlossenen Gewerkschaften, sich an die Auffassung der Konferenz in bezug auf die Kommunisten zu halten und keine Kommunisten als Delegierte an lokale oder nationale Tagungen der Arbeiterpartei zu wählen. Beide Resolutionen wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Die Schwierigkeit liegt aber bei der zweiten Möglichkeit, und die Kommunisten erklärten denn auch herausfordernd, dass «keine Barriere stark genug sei, die Kommunisten der Arbeiterpartei fernzuhalten, wie nun einmal ihr Aufbau sei; auf dem einen oder andern Wege würden sie hineinkommen.» Die Gewerkschaften können ihre Mitgliedschaft nicht von der politischen Ueberzeugung abhängig machen, da ihr primärer Zweck industriell ist, sie müssen aber auch ihren Mitgliedern die Freiheit lassen, ihre Delegierten auch an politische Konferenzen nach ihrem Gutdünken zu wählen; es wird daher ganz auf die Einstellung der grossen Masse der organisierten Arbeiter ankommen, ob die Empfehlung der Exekutive ausgeführt wird oder nicht. Aber dieser Möglichkeit ist keine allzu grosse